



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

β: Brauchen wir fremdes Brotkorn?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Freund gesucht, als Feind gefürchtet wird Deutschland in der Weltpolitik erst durch eine starke Flotte. Das muß das Caeterum censeo aller Deutschen werden!



Brauchen wir fremdes Brotkorn?



Die Frage, ob die deutsche Landwirtschaft den Bedarf des deutschen Volks an Brotkorn decken könne, wird angesichts des näher rückenden Ablaufs unsrer Handelsverträge mit den Hauptkornländern schon lebhaft erörtert. Ganz neuerdings sind darüber von besonders beachtenswerten Stellen Urteile abgegeben worden, über die hier kurz berichtet werden soll.

Es ist nötig, bei dieser Frage eine Bemerkung voranzuschicken. Wenn man fragt, ob bei intensivster Ausbeutung der heute zum Getreidebau verwendbaren Flächen die moderne landwirtschaftliche Technik das zur Ernährung des deutschen Volks erforderliche Brotgetreide in Deutschland selbst erzeugen könne, so ist darauf entschieden mit Ja zu antworten. In diesem Falle würden wir wohl, ohne die Benutzung von Weizen und Korn zu Viehfutter und zu industriellen Zwecken, Brauerei, Brennerei usw., oder auch den Anbau von Hackfrüchten und Handelsgewächsen, sowie den Waldbestand stark einschränken zu müssen, sogar noch einen Überschuß ans Ausland abgeben können.

Aber dieser Fall ist eine praktisch ganz wertlose Hypothese, schon weil er die Verstaatlichung der ganzen Landwirtschaft zur Voraussetzung hätte. Solange das landwirtschaftliche Privatgrundeigentum, der landwirtschaftliche Privatgrundbesitz und der landwirtschaftliche Privatbetrieb vorherrschen, wird es hauptsächlich in dem Belieben und dem Vermögen der einzelnen Landwirte, d. h. einzelner Privatleute liegen, ob sie den Getreidebau intensiv oder extensiv betreiben, ob sie im Verhältnis zu der von ihnen bewirtschafteten Fläche viel oder wenig Brotkorn erzeugen. Selbst die Einführung des landwirtschaftlichen Befähigungsnachweises würde daran wenig ändern. Es würde trotzdem faule und fleißige, leichtlebige und gewinnsüchtige, ja wohl auch immer noch dumme und kluge Wirte geben. Der reiche Mann mit wenig Kindern wird immer der Ausbeutung seines Guts anders gegenüberstehen als der verschuldete mit zahlreicher Nachkommenschaft. Und man kann auch nur wünschen, daß nicht das ganze Land zu einer Getreidemusterwirtschaft werde. Wenn wir auch in die Klagen des Rittergutsbesitzers und Professors der Tonkunst Rudolf vor einiger Zeit in den Grenzboten über die Verkoppelung und über das Ver-

drängen der schönen krummen Linie bei Wegen, Gräben und Waldfäulen durch die abscheuliche gerade nicht ganz einstimmen können, so scheint uns doch die moderne landwirtschaftliche Technik und Energie namentlich die nord- und die ostdeutschen Ebenen schon hinreichend schmuck- und anmutlos gemacht zu haben. Viel darf in der Richtung nicht mehr gesündigt werden, zumal wenn man die Landflucht verhindern will. Eher sollte man auf das Gegenteil bedacht sein.

Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht in vielen Gegenden Deutschlands, und zwar namentlich in solchen mit fast ausschließlich klein- und mittelbäuerlichem Besitz, z. B. in dem durch die neueste Mode zum Musterlande gestempelten Bayern, gehörig für größere Intelligenz und Energie der Wirte und für größere Intensität der Wirtschaft gesorgt werden müßte. Aber man darf nur nie vergessen, daß der Staat, der heute in allem helfen soll, es mit den Menschen zu thun hat, die den Boden bebauen, nicht mit dem Boden selbst, und daß er, wenn er auf allgemeine Unkosten den Gewinn des guten wie des schlechten Wirtes steigert, vielleicht ebensoviel beiträgt zur Erhaltung der schlechten wie der guten Wirtschaft. Das wird heute viel zu häufig außer acht gelassen in der Agrarpolitik. Man sieht nur den Boden, den Acker, das Gut, aber man sieht nicht die Personen, auf die alles ankommt, und die die Herren sind, bleiben wollen und bleiben sollen. Daß sich diese Herren die Nichtachtung ganz gern gefallen lassen, weil sie dabei vorläufig ein gutes Geschäft machen, macht eine unverständige Politik nicht verständig, auch Thorheit nicht zur Weisheit.

Im Oktober vorigen Jahres waren in den „Nachrichten des deutschen Landwirtschaftsrats“ (Nr. 9, 1898) Untersuchungen und Berechnungen über den Verbrauch von Brotgetreide veröffentlicht worden, nach deren Ergebnis auf den Kopf der Bevölkerung höchstens 171 Kilogramm gebraucht werden sollen. Da nun in der Periode 1893/97 die durchschnittliche Bevölkerung auf 52 279 981 Köpfe zu berechnen sei, so wären — sagt der Statistiker des Landwirtschaftsrats — jährlich 8 939 863 Tonnen (zu 1000 Kilogramm) Brotgetreide für die Ernährung erforderlich gewesen. Die Ernte habe im Durchschnitt jährlich 10 006 462 Tonnen betragen, für die Ausaat seien 1 352 451 Tonnen verbraucht worden, es sei also nur noch der Rest von 2 858 552 Tonnen vom Auslande einzuführen nötig gewesen. Wirklich eingeführt aber wären jährlich 1 753 789 Tonnen, das sind 1 467 937 Tonnen mehr, als mit Rücksicht auf die Ernährung der inländischen Bevölkerung erforderlich gewesen wäre, unter der Voraussetzung, daß das inländische Brotgetreide nach Abzug der Saat auch wirklich als menschliches Nahrungsmittel verwandt worden ist. Der Landwirtschaftsrat glaubte damit bewiesen zu haben, „daß die deutsche Landwirtschaft noch imstande ist, dem deutschen Volke fast das gesamte zu seiner Ernährung erforderliche Brotgetreide zu liefern, wenn das im Inlande erzeugte Brotgetreide dazu verwandt wird und nach den Preisverhältnissen

dazu verwandt werden kann, wozu es gebaut wird, nämlich zur menschlichen Nahrung. Diesen nationalen Schatz zu hüten, zu wahren und zu mehren sollte die erste und wichtigste Aufgabe unsrer Regierung und gesetzgebenden Körperschaften sein."

Natürlich machen solche Berechnungen auf den Leser in besonderem Grade den Eindruck strenger Objektivität und Zuverlässigkeit, zumal auf die Landwirte, wenn sie unter der Autorität des deutschen Landwirtschaftsrats veröffentlicht werden. In diesem Falle bezweckten sie und erreichten sie die Befestigung der landwirtschaftlichen Besitzer in der Überzeugung, daß wir die wirklich nötig gewesene Einfuhr fremden Brotgetreides durch eine sehr geringe Steigerung der Produktion sehr wohl zu decken vermöchten, wenn nur der Staat durch höhere Getreidezölle die unnötige Einfuhr abhalten und den Preis im Inlande so hoch halten würde, daß Brotgetreide nicht mehr zu Viehfutter verwandt werden müßte. Das Verfüttern von Korn und Weizen erscheint als Wirkung und Beweis des Notstandes. Der Agrarier schreit nun mit doppelter Zuversicht: Es ist bewiesen, daß die Getreidezölle erhöht werden müssen, und ebenso, daß sie erhöht werden können. Es liegt nur am bösen Willen des Staates, wenn wir zu Grunde gehen!

Gegen diese wirkungsvolle Statistik des deutschen Landwirtschaftsrats haben nun zwei anerkannte Autoritäten auf dem Gebiete der Agrarstatistik und Agrarpolitik, Geheimrat Professor Dr. S. Conrad in Halle und Geheimrat Professor Dr. Freiherr von der Goltz in Bonn neuerdings ganz entschieden Einspruch erhoben. Wird der agrarische große Haufen auch dadurch nicht zur Besinnung gebracht werden, davon überhaupt nichts hören wollen, so wird es hoffentlich für die immerhin nicht geringe Zahl gebildeter, ruhig urteilender und gemeinsinniger Landwirte, die sich inmitten der agrarischen Hochflut noch etwas Selbständigkeit bewahrt haben, eine wirksame Mahnung sein, daß sich gerade zwei so aufrichtige und bewährte Freunde und Förderer der deutschen Landwirtschaft trotz ihrer ganz außerordentlich weitgehenden Friedensliebe zu einem solchen Widerspruch für verpflichtet gehalten haben.

Professor Conrad schreibt in den von ihm herausgegebenen Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik (ausgegeben am 20. Mai 1899) unter anderm folgendes: Man sollte nun allmählich mit dem Versuche aufhören, nachzuweisen, daß Deutschland den Bedarf selbst zu decken vermöge. Doch habe ihn der Landwirtschaftsrat kürzlich wieder unternommen. Es geschehe in der Weise, wie Fürst Bismarck es schon 1879 gethan habe. Es werde der Bedarf an Brotgetreide ganz willkürlich auf 171 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung angenommen, danach der Gesamtbedarf berechnet und nach Abzug der Ausfaat die Ernte damit verglichen. Der so herausgerechneten notwendigen Einfuhr stehe dann eine thatsächliche gegenüber, die das Fünffache übersteige.

Conrad bestreitet ganz entschieden, daß man überhaupt imstande sei, den Bedarf an menschlicher Nahrung in einem Lande zahlenmäßig festzustellen.

Sedenfalls hat er Recht, wenn er die 171 Kilogramm als Bedarf auf den Kopf als eine ganz willkürliche Annahme bezeichnet. Die ganze Berechnung des Landwirtschaftsrats beruht auf den von vier verschiedenen Privatpersonen nach eigener, unkontrollierbarer Methode zu verschiedenen Zeiten gemachten Notizen über den Brot- und Mehlverbrauch in nur 22 Familien verschieden Standes und Wohnsitzes, wie der Zufall es ergab. Der Bedarf schwankt von 100 bis 300 Kilogramm auf den Kopf. Wer eine Spur von statistischem Gewissen hat und weiß, wie gerade bei solchen „Privatenqueten“ nur Massenbeobachtungen zu einigermaßen verwendbaren Zahlen führen können, erschrickt über die Kühnheit, mit der hier der Statistiker des Landwirtschaftsrats auf nichts einen in sich selbst sehr geschickt und originell ausgeführten statistischen Kunstbau errichtet hat, der in der verblüffend bestimmten Zahl von 171 Kilogramm auf den Kopf gipfelt. Wir müssen es uns versagen, das Kunstwerk in seinen unbestreitbaren Schönheiten hier näher darzulegen, obwohl es schlagend beweist, zu welchem Mißbrauch die statistische Behandlungsweise solcher Fragen auszuarten droht.

Über den Bedarf an Getreide zur menschlichen Nahrung macht Conrad auf Grund seiner jahrzehntelangen Beobachtungen und Studien unter anderm noch folgende beachtenswerte Mitteilungen. Zu Beginn des Jahrhunderts habe sich die Bevölkerung in der Tuchler Heide hauptsächlich von Kohl ernährt, wie auch jetzt noch der russische Bauer; dann ging sie zur Kartoffelnahrung über. Noch in den vierziger Jahren galten Mehl und Brot auf dem Lande im Osten, besonders in den polnischen Gegenden, für Luxusgegenstände, die nur ausnahmsweise genossen wurden. In den folgenden Dezennien habe fortdauernd der Getreidekonsum auf dem Lande zugenommen und sei mehr und mehr die Grundlage der Ernährung geworden. Der Gesamtbedarf sei unzweifelhaft gestiegen. In den Städten sei die Entwicklung vielfach anders gewesen, je nachdem der Fleisch- oder der Kartoffelkonsum mit dem Getreide in höhere Konkurrenz getreten sei. Er habe ermittelt, daß am Ende des vorigen Jahrhunderts in Berlin mehr Getreide auf den Kopf verzehrt worden sei als in der Neuzeit. Bei einem Handwerker habe er in den siebziger Jahren den Verbrauch auf 185 Kilogramm berechnen können, bei einer Lohnarbeiterfamilie nur auf 86, bei einem niedern Beamten auf 70, dagegen bei einem höhern Beamten mit mehreren Dienstboten auf 136 Kilogramm. Durch die Zunahme der Arbeiterfamilien in den Städten sei aber sicher auch dort der Getreideverbrauch neuerdings gestiegen, in einer kleinen Residenz werde er abgenommen haben. „Wir würden — fügt er wörtlich hinzu — überhaupt auf jene ganz unhaltbaren Berechnungen nicht eingegangen sein, wenn sie nicht vom Landwirtschaftsrat ausgegangen wären, und in der agrarischen Presse daraufhin wiederholt behauptet wäre, es sei bewiesen, daß in Deutschland ein Bedarf an ausländischem Brotgetreide nicht vorliege.“

Für durchaus unrichtig erklärt Conrad auch die Auffassung, daß Roggen

und Weizen nur zur Brotbereitung bestimmt seien. Er habe schon im Jahre 1880 dem Fürsten Bismarck gegenüber geltend gemacht, daß auf 14 Gütern der verschiedensten Gegenden und mit ungleichen Wirtschaftsmethoden, deren Resultate ihm vorgelegt worden seien, nicht weniger als 22,2 Prozent des Ertrags nach Abzug der Ausfaat — und zwar im Durchschnitt von fünf Jahren — an Ort und Stelle an das Vieh verbraucht worden wären, wobei von den übrig bleibenden 77,8 Prozent noch mindestens weitere 15 Prozent als Kleie der menschlichen Nahrung entzogen würden, sodaß auf diesen Gütern nur etwa 60 Prozent des geernteten Weizens und Roggens als Mehl und Brot dem Menschen zu gute kämen, 40 Prozent den Tieren. — Fürst Bismarck habe 1879 schon von dem kleinen Einfuhrzoll die Beseitigung des Imports erwartet. So wenig das damals eingetreten sei und auch die spätern sehr hohen Zölle gar keinen nachhaltigen Einfluß darauf gehabt hätten, würden sich auch alle weitem künstlichen Eingriffe gegenüber der Gewalt des tatsächlichen Bedarfs wirkungslos erweisen. Daß der deutsche Boden wohl imstande sei, an Getreide hervorzubringen, was die jetzige Bevölkerung gebrauche, daran sei nicht zu zweifeln. Aber ebenso erwiesen sei es, daß dazu eine Intelligenz gehöre, die der großen Masse der deutschen Landwirte bis jetzt noch fehle. Bis man sie hinreichend gehoben haben werde, werde wohl so viel Zeit vergangen sein, daß durch die Volkszunahme der Bedarf wieder um ein Beträchtliches gesteigert sei.

„Nur nach der einen Richtung — so schließt Conrad seine Kritik — legen wir den Ausführungen Gewicht bei, indem daraus hervorgeht, daß man in agrarischen Kreisen die Gefahr eines Getreidemangels für Deutschland im Falle eines längern Kriegs und Absperrung der Grenzen nicht anerkennt, wie sie wiederholt von Rudolf Meyer und auch in den Reichstagsverhandlungen von verschiedenen Rednern mit Emphase hervorgehoben wurde, und das wollen wir hiermit ausdrücklich festnageln.“

Es wird auf diese Nebenfrage, den Kriegsfall, noch zurückzukommen sein. Sehen wir zunächst zu, wie sich Freiherr von der Goltz zu der Hauptfrage gestellt hat. Auch er hat es für nötig gehalten, in seinem neuesten Werk: „Vorlesungen über Agrarwesen und Agrarpolitik“ (Jena, Gustav Fischer, 1899) ausdrücklich und unmittelbar den erwähnten Untersuchungen des Landwirtschaftsrats entgegen zu treten. Er habe (schon vorher S. 11) eingehend nachgewiesen, heißt es auf Seite 263, daß Deutschland zur Ernährung seiner Bevölkerung „für absehbare Zeiten“ die Einfuhr fremden Getreides nicht entbehren könne. Neuerdings sei dies in der Weise zu bestreiten versucht worden, daß man berechnet habe, wie hoch der Brotbedarf der Bevölkerung sei, und dann auf Grund der Erntestatistik festgestellt habe, daß dieser Bedarf durch die einheimische Produktion an Brotgetreide gedeckt werde. Indessen beruhe die angewandte Beweisführung auf unsicherer Grundlage und

ziehe außerdem aus den gewonnenen Resultaten unzutreffende Schlüsse. Im besondern wendet er sich gegen folgenden Satz des Landwirtschaftsrats: „Es ist nun nicht anzunehmen, daß das eingeführte Getreide als Viehfutter gedient hat, wir müssen vielmehr annehmen, daß von der inländischen Ernte 1467937 Tonnen Getreide als Viehfutter, zum großen Teil infolge schlechter Preis- und Absatzverhältnisse, verwandt worden sind.“ Freiherr von der Goltz bemerkt dazu: „Unter der Voraussetzung, daß die Annahmen über den Konsum und die Ernte an Brotgetreide annähernd richtig sind, ist zuzugeben, daß der vorhanden gewesene Überschuß an Brotgetreide zum weit überwiegenden Teil der Viehfütterung gedient hat, und daß für diesen Zweck, ebenfalls weit überwiegend, inländisches Getreide benutzt worden ist. Dagegen muß es als unrichtig bezeichnet werden, wenn hinzugefügt wird, daß dies zum großen Teil infolge schlechter Preis- und Absatzverhältnisse geschehen sei.“

Gerade mit dem letzten Satze wird die Beweisführung und das Beweisthema des Landwirtschaftsrats ins Herz getroffen, was schon deshalb hier besonders hervorgehoben werden mußte, weil der Landwirtschaftsrat — ersichtlich bevor er von der Goltz'schen Kritik Kenntnis erhalten hatte — eine geharnischte Replik gegen Conrad versandt hat, in der gerade die Behauptung, daß die Verfütterung des inländischen Brotgetreides infolge zu niedriger Preise geschehen sei — mit andern Worten: daß die deutschen Landwirte durch die zu niedrigen Getreidezölle zur Verschleuderung des Brotgetreides als Viehfutter gezwungen würden — als die Quintessenz der Untersuchungen vom Oktober vorigen Jahres hingestellt wird, die Conrad gar nicht begriffen zu haben scheint. Goltz hat also der Replik gegen Conrad von vornherein jede Berechtigung abgesprochen und durch seine eingehende und sachkundige Beweisführung unser Trachtens auch endgiltig abgeschnitten. Wir haben darauf näher einzugehn um so weniger Grund, als Conrad wohl dem Landwirtschaftsrat nicht die Antwort schuldig bleiben wird, dann aber auch, weil abzuwarten ist, wie sich der Landwirtschaftsrat mit Professor von der Goltz auseinandersetzt.

Auf keinen Fall darf die Sache wieder im Sande verlaufen, wie das seit längerer Zeit dank der Friedfertigkeit der ältern wissenschaftlichen Autoritäten auf der einen Seite und des beispiellosen Unfehlbarkeitsgefühls der hohen agrarischen „Interessenvertretungen“ auf der andern Seite Mode geworden ist. Gerade diese Statistik des Landwirtschaftsrats läßt wieder einmal erkennen, wohin wir kommen, wenn die agrarischen Interessenvertreter zu Richtern in eigener wie in fremder Sache gemacht werden, und wenn vor ihnen der „nichtinteressierte“ aber verantwortliche Beamte — der Mann ohne Ar und Halm — den Hut zu ziehen und den Mund zu halten hat, vom Professor bis zu den auf Kündigung dienenden landwirtschaftlichen Wanderlehrern und vom Minister bis zum strebsamen Landrat und Assessor hinab. Die Interessenvertretungen der Kolportagebuchhändler und Getreidemakler, der Hypothekenbanken und der Ver-

sicherungsgesellschaften verdienen heute genau so viel und so wenig publica fides wie die agrarischen Interessenvertretungen. Wie es damit aber in Preußen jetzt thatsächlich gehalten wird, darum sollten sich die Grenzbotenleser selbst einmal im Ernst kümmern.

Leider hat es Freiherr von der Goltz für richtig gehalten, im schroffen Gegensatz zu Conrad über die Frage der Brotversorgung im Kriegsfall folgendes vorzutragen: Unter „ganz normalen“ Verhältnissen sollte eigentlich die landwirtschaftliche Produktion innerhalb eines Staatsgebiets auch den Bedarf der darin wohnenden Bevölkerung an den notwendigen Bodenerzeugnissen, insonderheit an den unentbehrlichsten Nahrungsmitteln decken. Andernfalls gerate man in eine mehr oder minder starke Abhängigkeit von andern Staaten, die in der Lage seien, mehr menschliche Nahrungsmittel zu erzeugen, als in ihrem Bezirk gebraucht werden. „Die Abhängigkeit — sagt er weiter wörtlich — ist besonders bedenklich in Kriegszeiten und für solche Länder, die, wie das Deutsche Reich, fast von allen Seiten an andre Länder grenzen und nur einen sehr beschränkten Zugang zum offenen Meere haben. Bei einem Kriege mit Rußland, Frankreich, England oder mehreren dieser Staaten zugleich könnte die ausreichende Versorgung der einheimischen Bevölkerung sehr gefährdet sein. Durch eine starke Flotte, in deren Besitz wir uns hoffentlich nach wenigen Jahren befinden werden, wird zwar die Gefahr etwas gemildert, aber doch keineswegs ganz beseitigt.“

Es kann diesem neuerdings geüffentlich zur Bedeutung einer fable convenue beförderten Irrtum nicht entschieden genug entgegengetreten werden. Kaum ein europäischer Staat ist im Kriegsfall weniger in Bezug auf seine Brotversorgung gefährdet als das Deutsche Reich. Gerade für diesen Fall sind die Verbindungen zu Lande und ihre Vielseitigkeit, wie nur wir sie haben, vom größten Wert. Wir grenzen zu Lande mit Dänemark, Rußland, Österreich, der Schweiz, Frankreich, Belgien, Holland zusammen. Man betrachte jedes dieser Länder in Rücksicht auf seinen Wert als Getreidelieferant oder doch als Vermittler und in Rücksicht auf die Möglichkeit einer allgemeinen Sperrung unsrer Grenzen durch den Feind. Wie kann man da von einer besonders ungünstigen Lage Deutschlands im Vergleich z. B. mit Italien, Spanien, Frankreich, England und den skandinavischen Staaten sprechen! Wie es in Rußland im Kriegsfall mit der Brotversorgung bestellt sein wird, ist freilich sehr zweifelhaft, wo mitten im Frieden weite Gebiete Hungerstot leiden, während andre Überfluß haben. Man müßte mit dem agrarischen Bemühen, die modernen Verkehrsmittel, Verkehrswege und Verkehrsbeziehungen Deutschlands zu ruinieren, schon einen ganz vollständigen Erfolg erzielen, wenn das Deutsche Reich bei seiner bevorzugten Lage im Kriegsfall mehr gefährdet sein sollte als die genannten Länder. Conrad hat unlängst im Handwörterbuch der Staatswissenschaften außerdem noch mit Recht darauf hingewiesen, daß das gewöhnliche Quantum der im Inland erzeugten Nahrungsmittel noch wesentlich gesteigert

werden könne durch Heranziehung der Vorräte für die Industrie, Brennerei, Brauerei, Stärkesfabrikation usw., sowie des großen Viehbestands, der sehr wohl im Notfall mehr für Nahrungszwecke hergeben könne als in normalen Zeiten.

Wenn übrigens Conrad wirklich glauben sollte, man werde agrarischerseits künftig auf die Brotnot im Kriege nicht mehr zurückkommen, so würde er arg irren. Auf ein so treffliches Schlagwort verzichtet man nicht so leicht. Wird doch schon ganz im Ernst dafür Propaganda gemacht, daß der Staat verpflichtet werden müsse, für den Kriegsfall ständig, auch im Frieden, große Massen von Brotgetreide in Magazinen aufgespeichert zu halten, d. h. durch Aufkaufen einheimischen Kornes die Preise in die Höhe zu treiben oder hoch zu halten. Daß beim Verbrauch der magazinierten Massen im Frieden ein Preisdruck erfolgen muß, daran denkt man nicht. Vielleicht läßt es sich noch einmal als zum Schutz der nationalen Arbeit notwendig erweisen, daß das magazinierte Getreide, wenn kein Krieg kommt, versauft oder nur als Viehfutter, als Düngemittel zum Viertelankaufspreis an Landwirte abgegeben wird.

Es ist ja überhaupt ganz ausgeschlossen, daß die Kritik, selbst so angesehener und bewährter Fachmänner wie Conrad und Goltz, zunächst irgend welche Wirkung auf die agrarische Agitation haben wird. Man wird froh sein müssen, wenn wenigstens die Behörden nicht taub dagegen bleiben und die gebotne Belehrung daraus ziehen. Dem kommt es vielleicht ein wenig zu statten, daß auch das Kaiserliche Statistische Amt in einer seiner neuesten Arbeiten — den Erläuterungen zu den Ergebnissen der Berufszählung von 1895 — die Frage nach dem Bedarf fremden Brotkornes wenigstens beiläufig besprochen und entschieden im Sinne Conrads und von der Goltzs beantwortet hat. Es macht nämlich zu der starken Verschiebung des Anteils der Landwirtschaft und der Industrie an der Gesamtheit der Bevölkerung, die seit 1882 eingetreten ist, folgende Bemerkung: diese Verschiebung liege in der Natur der Sache. Der Boden sei unvermehrbar, es könne sich auf ihm nur eine beschränkte Anzahl von Menschenhänden bethätigen, sich eine begrenzte Anzahl von Personen ernähren. Eine weitere Zerspaltung des Grundbesitzes, der Übergang zu neuen Kulturen, die einem neuen Kreis von Personen Beschäftigung eröffneten, könne hieran wenig ändern, denn solche Reformen seien weder rasch noch in größerem Umfang möglich. Was in der Landwirtschaft keine Beschäftigung finde, müsse also abwandern, sei es in andre Länder, sei es in andre Berufe. Durch diese naturnotwendige Abwanderung sei aber bisher die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft nicht wesentlich beeinträchtigt worden. Die landwirtschaftliche Produktion sei vielmehr vermehrt worden. Sie reiche aber bei der Vermehrung der Bevölkerung keineswegs hin, den Bedarf des Inlands vollständig zu decken. Müßten demzufolge noch weitere und größere Mengen vom Auslande zugeführt werden, so werde diese Abhängigkeit wett gemacht und überwogen durch die Entfaltung, die Gewerbe und Handel des Reichs im Laufe der letzten Jahrzehnte genommen hätten,

wodurch das Ausland zu einem ansehnlichen Abnehmer der deutschen Waren gemacht sei. Damit wäre den Kräften, die nicht genügende und lohnende Beschäftigung in der Landwirtschaft gefunden hätten, die Gelegenheit eröffnet worden, auf industriellem Gebiet produktiv thätig zu sein. Es wäre nicht nötig geworden, Menschen zu exportieren, sondern die von ihnen gefertigten Waren.

Es wird sich wohl bald zeigen, wie sich die agrarischen Interessenvertretungen, zumal die in Preußen, zu dieser Beurteilung der Lage durch die amtliche Statistik des Reichs stellen werden, und welche Statistik dann, wenn die Agrarier widersprechen, von den verbündeten Regierungen als die kompetentere und zuverlässigere erachtet wird, die des Reichs oder die der agrarischen Interessenvertretungen. Fest steht das, wie gesagt, keineswegs, vielleicht in Preußen, aber dann vorläufig zu Ungunsten der Reichsstatistik.

Auch Herr von Wenckstern, dessen Optimismus in Bezug auf die Ernährung des deutschen Volks durch deutsches Brotkorn im letzten Hest der Grenzboten erwähnt worden ist, wird wohl nicht umhin können, mit Conrad, von der Goltz und der Reichsstatistik abzurechnen.

β



Aus Dichtung und Wahrheit über Shakespeares Leben

Von Arnold Schröder in Freiburg i. B.



ürftig waren die Zeugnisse über das Leben des größten englischen Dramatikers, als Nicholas Rowe 1709 den ersten Anlauf zu einer Biographie Shakespeares unternahm, und dürftig sind sie bekanntlich bis heute geblieben, obwohl sich nun bald zwei Jahrhunderte lang das regste Interesse allen den Quellen zugewandt hat, die nähere Aufschlüsse über die Persönlichkeit und das Leben des Dichters erhoffen ließen. Auch ist daran nichts auffälliges; haben wir doch über zahlreiche seiner berühmten Zeitgenossen nicht mehr und oft noch weit weniger authentische biographische Mitteilungen, und nur wer dies überfiehet, kann es erstaunlich finden, daß über so manches aus Shakespeares Leben noch Dunkel herrscht und vielleicht immer herrschen wird. Es liegt das in der Natur der Sache, und die Wißbegier oder auch die Neugier muß sich bescheiden und darin Trost suchen, daß für das Verständnis und den Genuß der Shakespearischen dramatischen Meisterwerke diese unsre Unkenntnis verhältnismäßig kein sonderliches Hindernis ist.

Weniger leicht fällt das Fehlen näherer biographischer Anhaltspunkte ins